

# klartext

Magazin der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Je stärker  
**DIE LINKE**,  
desto sozialer  
das Land!



## Titel

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land |4

## Zur Bundestagswahl

Ostdeutschland als Blaupause |7

Zur Bildung? Nach LINKS |8

Freiheit und Gleichheit – soziale Gerechtigkeit und Demokratie |9

## Themen

Politik und Landeshaushalt |3

Demokratieentwicklung zum Nulltarif? |3

Neuverschuldungsverbot |6

Vernichtung von Anfang an |10

Bund und Kommune gemeinsam |12

Konzeptionslose Politik für die Milchwirtschaft |13

## Kolumne

Orakel Internet |14

## Satire & Termine

Abgeordneter v. Aktenrath |15

## Buchtipp

## Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Die Krise sei vorbei, wenigstens sagen das die Parameter des Volkswirtes Torsten Windels von der Nord/LB. Allerdings versprühte Windels, zu Gast auf der Klausur der Landtagsfraktion der LINKEN im August, keinen Zweckoptimismus. Die Gefahr von Insolvenzen steige immer verzögert nach dem Tief einer Rezession und aus der Eigenkapitalschwäche der Banken – die dann schwerer Kredite vergeben, könne leicht eine Bedrohung für die Wirtschaft werden.

Die Diskussion mit dem Finanzexperten diene für die Fraktion DIE LINKE als Vorbereitung auf den Haushaltsbeschluss für 2010/2011. Die Prognosen waren düster, die Einbrüche der Steuereinnahmen sind massiv und werden erst nach Jahren das Niveau von 2008 wieder erreichen. Zudem werden die Zuweisungen aus dem Solidarpakt und der EU weiter sinken und die Habenseite der Bundesländer weiter belasten.

Hat nun eine Oppositionspartei mehr Spielräume als eine Regierung? Wer mit „Ja“ antwortet, produziert eigentlich auch eine Spekulationsblase – wie in den Anfängen der Krise. Das Richtige zu fordern, aber nicht finanzieren zu können, bleibt als Problem so genannter Realpolitik. Wer mit „Nein“ antwortet, unterschätzt den verfassungsgemäßen Auftrag der Opposition, mit kritischem Denken und alternati-

ven Konzepten Regulativ der herrschenden Politik zu sein.

Steuersenkungen und Wirtschaftskrise gehen nicht zusammen, hier stimmten Finanzexperte und LINKE überein. Die öffentliche Hand kann nur gestalten und antizyklisch agieren, wenn sie die Mittel dazu hat – wer Steuern will, braucht Steuern. Dazu gehören auch die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, vielleicht auch „unterschiedliche Regeln für die einzelnen Märkte“ (Windels) wie Güter, Arbeit oder Finanzen.

Die Regulationsdebatten überspringen den Bezugsrahmen Kapitalismus noch lange nicht. Die Frage, welches Verständnis von Wachstum wir haben, schon eher. Die Finanzspekulationen bezogen sich auf den realen Konsum, vor allem den auf Pump in den USA. Der amerikanische Konsument war ein Motor der deutschen Exportwirtschaft, auch der deutschen Autoindustrie. Wer den Finanzmarkt als Übel der Welt definiert, verschweigt seine Bezogenheit auf die Wirtschaftssphäre. Dann wäre die Krise nur Betriebsunfall und nicht Wesensmerkmal des Kapitalismus.

Eine interessante Lektüre dieser Ausgabe wünscht **Anke Lohmann**

## Impressum

### klartext

Magazin der LINKEN in Sachsen-Anhalt  
Herausgeber:

Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt  
**Redaktion:** Anke Lohmann (Leitung), Martin Reso, Matthias Höhn (V.i.S.d.P.), Monika Krüger, Thomas Drzisga, Matthias Gärtner, Joachim Spaeth, Oliver Müller, Henriette Quade, Felix Knothe, Peggy Krößmann

**Druck:** Harzdruckerei, Wernigerode

**Auflage:** 5.000 Exemplare

**Preis:** Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22.08.2009.

KLARTEXT erscheint einmal im Quartal. Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahrender Kürzungen ausdrücklich vor. Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

**Kontakt und Bestellung:** DIE LINKE. Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion KLARTEXT, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg, Tel.: 0391 7324840, Fax: 0391 7324848, E-Mail: lgst@dielinke-lsa.de

## HIER IST DIE LINKE!

**24. September**

Wahlkampfveranstaltung mit  
**GREGOR GYSI und PETRA SITTE**

16.00–18.00 Uhr

Halle, Marktplatz

**24. September**

Wahlkampfveranstaltung mit  
**GREGOR GYSI und ROSEMARIE HEIN**

19.00–21.00 Uhr

Magdeburg, Biergarten

„Mückenwirt“, An der Elbe 14

[www.dielinke-sachsen-anhalt.de/wahlen](http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/wahlen)

## KandidatInnen der Landesliste der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt zum 17. Deutschen Bundestag

**1. Petra Sitte**

**2. Jan Korte**

**3. Katrin Kunert**

**4. Roland Claus**

**5. Rosemarie Hein**

**6. Harald Koch**

**7. Elke Reinke**

**8. Jörg Schindler**

**9. Bianca Görke**

**10. Christian Kunz**

## Politik und Landeshaushalt 2010/2011

■ Im März 2009 kündigte der Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt umfassende Einschnitte im Haushalt für 2010/2011 an. Mit einer radikalen Streichliste reagiert das SPD-geführte Ministerium auf die Einbrüche der Steuereinnahmen bereits in diesem Jahr. Das Defizit zwischen den Anmeldungen der Ressorts, der Finanzplanung des Landes und den prognostizierten Einnahmen aus Steuern und Zuweisungen soll 1,56 Milliarden Euro für das Jahr 2010 betragen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise bringt über die Steuerausfälle die Mittelfristige Haushaltsplanung nicht nur Sachsen-Anhalts in Trudeln.

Die Deckungslücke im kommenden Haushalt ist nur über eine erhebliche Netto-neuverschuldung zu realisieren. Auch aus Sicht der LINKEN ließe sich diese nur verhindern, wenn man mit unverantwortlichen Kürzungen langfristige Folgeschäden für das Land Sachsen-Anhalt in Kauf nehmen würde. Nach Maßgabe der LINKEN muss das Land Sachsen-Anhalt im Interesse langfristiger sozialer und ökonomischer Entwicklungen in der Krise als stabilisierender Faktor wirken und darf sich nicht prozyklisch verhalten.

Vor diesem Hintergrund hat die Landtagsfraktion der LINKEN über ihre Schwerpunkte im Doppelhaushalt 2010/2011 beraten. Auf der zweitägigen Klausurtagung am 17. und 18. August in Meisdorf wurde nach intensiver Beratung der „Beschluss zum Doppelhaushalt 2010/2011“ gefasst.

Die Ganztagsbetreuung für alle Kinder sowie das kostenlose Mittagessen im Bereich der Kindertagesstätten und Grundschulen bleiben politische Forderungen der LINKEN. Die CDU-SPD-Regierung wird allerdings diesen Schritt nicht umsetzen und damit auch im kommenden Doppelhaushalt nicht finanziell untersetzen. Unumgänglich ist allerdings die Finanzierung der im Hochschulbereich anfallenden Mehrkosten auf Grund der Personalkostensteigerung im Jahr 2010. Die Tarifsteigerungen lassen sich nicht im Rahmen der alten Budgets auf die Hochschulen abwälzen.

Soll die Personalausstattung des Landes langfristig gesichert werden, müssen *jetzt* die Einstellungen für das Lehramt und im Justiz- und Polizeidienst geschehen. Dieser erweiterte Einstellungskorridor muss über die Nettoneuverschuldung finanziert

werden, weil sonst in wenigen Jahren das Fachpersonal in Größenordnungen fehlt.

Im sozialen Bereich hat das Finanzministerium den vollständigen Kahlschlag der Projektmittel bei Beratungsangeboten und der Frauenförderung vorgeschlagen. Dies betrifft sowohl Angebote für Menschen in psychischer und physischer Not (Frauenhäuser, Suchtberatung) als auch die Ausländerbeauftragte, die Beratungs- und Bildungsprojekte für Demokratieentwicklung und Opfer rechter Gewalt. DIE LINKE fordert, „die Zuschüsse an die Träger der sozialen Infrastruktur sowie Zuschüsse im Bereich der Demokratieentwicklung und des Ehrenamtes im Land auf einem Niveau zu halten, welches das Überleben dieser Strukturen in der Krise sichert. Es wäre unverantwortlich, auf Grund der aktuellen Haushaltslage diese Infrastruktur in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu beschädigen“.

Die LINKE stellt sich einer verantwortungsvollen Finanzpolitik – „trotzdem bestimmen die politisch notwendigen Ausgaben das Etatvolumen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011, und nicht die aktuell prognostizierten Steuereinnahmen“.

Der Beschluss im Netz:  
[www.dielinke-fraktion-lsa.de](http://www.dielinke-fraktion-lsa.de)

## Demokratieentwicklung zum Nulltarif?

■ Es mag das Geheimnis des Finanzministers (SPD) bleiben, warum er in seinem Sparpapier vom Juni 2009 u.a. „die Streichung der Projektmittel für Ausländerbeauftragte und gegen Rechtsextremismus“, der „Suchtberatung“ und die „Streichung Frauenhäuser, -beratung“ vorgeschlagen hat. Im Gesamtrahmen des Milliardenloches ergeben sich aus diesen Projekten minimale Einsparungen. Die Träger zu erinnern, dass sie im Bereich der so genannten Freiwilligen Leistungen arbeiten, kann er sich getrost ersparen. Jeder, der dort tätig ist, kennt das Problem jährlicher Kündigungen, auslaufender Projektgelder und Kofinanzierung oder verspäteter Förderbescheide aus dem Effeff. Die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in Teilzeit, ihre Stellen sind seit Jahren prekär.

Also wird der Eindruck vermittelt, auf diese Arbeit könne verzichtet werden. Eine

politische Einschätzung, die als Signal an den Koalitionspartner CDU auch nicht notwendig gewesen wäre. Bereits 2002 wollte diese, damals gemeinsam mit der FDP, den Miteinander e.V. als Fachträger platt machen.

Die Beratungsnetzwerke zum Rechtsextremismus und zur Unterstützung von Opfern rechter Gewalt arbeiten mit Kommunen, öffentlichen Einrichtungen und Politik zum Umgang mit Rechtsextremismus und Gewalt sowie zur Demokratieentwicklung in vielfältiger und anspruchsvoller Weise zusammen. Es ist ein Teilerfolg der letzten Jahre, dass es eine höhere Sensibilität und einen offeneren Umgang in den Gemeinden mit dem Problem Rechtsextremismus gibt. Die Berater können lange nicht alle Anfragen abdecken, es gibt zusätzlich enorme Bedarfe im schulischen Bereich, in der Gewaltprävention und in der Integrationsarbeit. Es gibt ei-

nen gefährlichen Fehlschluss aus der an sich richtigen Einschätzung, die Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus sei eine Querschnittsaufgabe – und damit könne sie überall gemacht werden. Wer die Beratung und die Breite der anfragenden Institutionen kennt, weiß, dass es ohne die fachliche Spezialisierung nicht geht.

Sachsen-Anhalt muss sich den Problemen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt stellen. Im August liegt der Tod zweier Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt genau ein Jahr zurück, ein angehende Kunststudent wurde am 17. August 2008 in Magdeburg erschlagen, wenige Tage später, am 24. August, ein 18-Jähriger in Bernburg erstochen. Wenn das Land Sachsen-Anhalt auf Demokratieentwicklung verzichten kann, heißt das für die Familien der Opfer und hunderte andere Betroffene, dass ihre Erfahrungen von Gewalt und Ausgrenzung nur Zufallsereignisse waren.

| Anke Lohmann

# Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land!

■ Eine mitreißende Auseinandersetzung über die zukünftige politische Richtung in der Bundesrepublik scheint in diesem Bundestagswahljahr nur schwer in Gang zu kommen. In vollem Gange ist jedoch längst die Debatte in Sachsen-Anhalt über den nächsten Landeshaushalt und die Streichliste des SPD-Finanzministers Bullerjahn. Beide Dinge – die Haushaltsaufstellung hier und die Kräfteverhältnisse in Berlin – haben unmittelbar miteinander zu tun.

Die Politik der letzten gut zwei Jahrzehnte hatte die internationalen Finanz- und Wirtschaftsmärkte völlig sich selbst überlassen und jede politische und damit demokratische Kontrolle Stück für Stück beschnitten. Das Ende war ein Fiasko. Die Märkte brachen zusammen, gesunde Unternehmen gerieten ins Straucheln oder mussten gar in Insolvenz, der Staat versuchte über Nacht mehr schlecht als recht zu retten, was noch zu retten schien, Tausende mussten in Kurzarbeit. Die Folgen werden wir noch Jahre spüren.

Die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand fallen momentan ins Bodenlose und

gleichzeitig ist dieselbe gefordert, mit staatlichen Mitteln die Konjunktur zu stützen. Die ohnehin hohen Schuldentürme von Bund, Ländern und Kommunen drohen noch einmal dramatisch zu wachsen. Fragt man den berühmten „kleinen Mann“ auf der Straße, wer das alles wohl bezahlen soll, fällt die Antwort kaum überraschend aus: „Na, unsereiner.“

Gibt es dazu Alternativen? Ja, die gibt es! Notwendig wäre jedoch eine mutige Kehrtwende. Der Markt regelt sich eben nicht am besten selbst. Und ein schlanker Staat, wie er viele Jahre proklamiert wurde, ist am Ende kein handlungsfähiger mehr, sondern ein zahnloser Tiger, der scheinbar hilflos den international agierenden Unternehmen ausgeliefert ist.

## Worauf kommt es an?

DIE LINKE sagt ganz klar: Steuergerechtigkeit und Begrenzung von Reichtum, um Armut zu verhindern.

Hätten wir in der Bundesrepublik eine Einkommens- und Vermögensbesteuerung wie in vielen anderen vergleichbaren

Industriestaaten, wären die finanziellen Spielräume des Staates deutlich größer als jetzt. Reichtum ist in den vergangenen Jahren sprunghaft angewachsen. Fragt man aber danach, wie sehr sich die Vermögenden an der Finanzierung der gesellschaftlich notwendigen Aufgaben beteiligt haben, offenbart sich die schreiende Ungerechtigkeit: Sie profitierten am meisten vom Zustand unserer Gesellschaft und gaben am wenigsten zurück. Eine deutliche Erhöhung des Spitzensatzes bei der Einkommenssteuer, die Einführung einer Millionärssteuer, die Besteuerung von Börsengeschäften – dies alles zu fordern, wie es DIE LINKE tut, ist noch lange nicht revolutionär. Es wäre aber ein wichtiger Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit in unserem Land und würde die Mittel zur Verfügung stellen, die so dringend gebraucht werden, um ausreichend Lehrer und Polizisten einzustellen oder in die unterfinanzierten Hochschulen zu investieren oder hier in Sachsen-Anhalt jedem Kind in Kita und Grundschule ein kostenfreies Mittagessen zur Verfügung zu stellen. Dies wäre die richtige Antwort auf die wegbrechenden Steuereinnahmen und nicht Bullerjahns Streichliste. Und da schließt sich wieder der Kreis. Bundespolitik entscheidet maßgeblich darüber, was in Sachsen-Anhalt möglich ist und was nicht.

DIE LINKE sagt: Kaufkraft stärken und menschenwürdige Einkommen sichern.

Die Hartz-Gesetze und die von der Politik vorangetriebene Ausweitung des Niedriglohnssektors hatten mindestens in zweierlei Hinsicht fatale Auswirkungen. Gute Arbeit ist längst Mangelware. Immer mehr



## Ohne Bildung keine Demokratie

Im Laufschrift – aber lieber noch mit dem Fahrrad – eilt Petra Sitte durch die Tage. Ihr Bundestagsmandat fordert sie in Berlin, ihr Stadtratsmandat in Halle. Dort ist sie nach Studium und der Promotion zum Dr. oec. geblieben, war 15 Jahre lang im Landtag Sachsen-Anhalts für die Wissenschaftspolitik zuständig.

Im Bundestag blieb sie nah an diesem Thema, spezialisierte sich aber auf Forschungs- und Technologiepolitik sowie Bioethik und neue Medien. „Der LINKEN wird immer vorgeworfen, sie sei technologiefeindlich – den Eindruck will ich

knacken. Die Zukunftsthemen sollen so gestaltet werden, dass alle Menschen ein glückliches, selbstbestimmtes Leben in einem humanen Umfeld führen können.“ Und, um Demokratie wahrzunehmen, ist für Petra Sitte gute Bildung erforderlich. „Bildung ist für mich Demokratie von unten. Wir müssen dafür sorgen, dass allen Menschen – gleich welcher sozialen Herkunft – dafür die Möglichkeit gegeben wird.“

**Petra Sitte ist Spitzenkandidatin der LINKEN in Sachsen-Anhalt und Direktkandidatin im Wahlkreis 73 (Halle).**

[www.petra-sitte.de](http://www.petra-sitte.de)

Menschen schufteten Vollzeit und kommen mit ihrem Gehalt trotzdem nicht über die Runden. Sie müssen sich mittlerweile zu Hunderttausenden als so genannte Aufstocker einreihen in die Schlange des klammen Sozialstaates. Und ebenso viele finden seit Jahren überhaupt keinen Zugang mehr zum Arbeitsmarkt und werden mit Regelsätzen abgespeist, die eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben – also mit der Familie einen Ausflug machen, Kultur genießen, sich Bildung aneignen... – lange nicht mehr ermöglichen. Gleichzeitig schwächen diese niedrigen Einkommen die Kaufkraft und machen damit die Binnennachfrage zur Achillesferse der deutschen Wirtschaft.

DIE LINKE steht für eine Anhebung des Regelsatzes auf 500 Euro und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, der in den nächsten Jahren auf 10 Euro steigen soll. Dies wären effektive Maßnahmen, um die soziale Basis in unserem Land zu sichern und gleichzeitig die Nachfrage beim Handwerker im Ort oder im von der Schließung bedrohten Kaufhaus in der Innenstadt zu stärken.

DIE LINKE sagt: demokratische Kontrolle ausbauen und politischen Einfluss stärken.

Kurzzeitig schien es, als käme durch den Schock der Krise eine überfällige Debatte über Regulierung und Kontrolle der internationalen Märkte in Gang. Doch mittlerweile ist dies den wohlfeilen Versprechungen über Steuersenkungen für alle (von denen wieder jene am meisten profitieren, die ohnehin die größten Nutznießer der letzten Jahre waren) gewichen.

## Es geht um die Politik, die man macht ...

Aufgewachsen in Osnabrück, ist Korte seit zehn Jahren LINKSAKTIV und seit vier Jahren Abgeordneter im Bundestag. Als Mitglied des Innenausschusses wird er oft mit Gesetzen konfrontiert, die Bürgerrechte einschränken. In den Debatten macht er aber nicht nur auf die verheerenden Folgen für die Demokratie aufmerksam, sondern weist auch auf die Verbindung von Sozialabbau und Abbau des Rechtsstaates hin.

Seine Überzeugung: Nur wer in sozialer Sicherheit lebt, kann seine Bürgerrechte selbstbewusst wahrnehmen. Das Gegen-

teil ist heute der Fall: Für Hartz-IV-EmpfängerInnen gilt Datenschutz faktisch nicht mehr. Aufgabe in der kommenden Legislatur ist es, die Frage der Balance zwischen Freiheit und Sicherheit immer auch im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit zu beantworten.

Doch wer auf die Grenzenlosigkeit auf den Finanzmärkten nicht reagiert und keine Konsequenzen zieht, der legt das Fundament für den nächsten Crash.

Wir wollen klare Regeln auf der internationalen Ebene. Wir sagen auch: hoch spekulative Geschäfte, wie sie zuhauf getätigt wurden und damit die Krise verursacht haben, gehören verboten. Renditeerwartungen von 25 Prozent und mehr waren und sind nur zu machen mit höchstem Risiko und im Zweifel zu Lasten der Schwächsten.

Wer sich darüber beklagt, dass immer weniger Menschen an Wahlen teilnehmen, der sollte sich die Frage stellen, wie viel Einfluss denn den gewählten Parlamenten und Regierungen noch möglich ist. Die Bürger haben ein feines Gespür dafür, wer eigentlich das Sagen hat – viel zu oft nämlich jene, die gerade nicht gewählt werden können. Das beschädigt am Ende nicht nur das Ansehen von Politik. Es schadet auch der Demokratie.

### Links wirkt!

Nun sagen viele: „Ihr habt ja recht, aber durchsetzen könnt ihr euch doch nicht.“ Ist das so?

Sicher, als Opposition fehlt der Zugriff auf unmittelbare Regierungsentscheidungen. Und vieles kann aus dieser Position nur vorgeschlagen, aber nicht umgesetzt werden. Am Ende bedarf es klarer Mehrheiten, die handlungsfähig sind und sich einer gerechteren Politik verschreiben. Darum bleibt auch unser Ziel, 2011 in Sachsen-Anhalt eine linke Regierung zu bilden.

Es sind aber auch die „kleinen“ Dinge vor Ort, die Engagement von einem Abgeordneten verlangen. So gilt der Einsatz von Jan Korte auch dem Kampf gegen eine Marktsortimentsbereinigung in Wolfen.

Es sind aber auch die „kleinen“ Dinge vor Ort, die Engagement von einem Abgeordneten verlangen. So gilt der Einsatz von Jan Korte auch dem Kampf gegen eine Marktsortimentsbereinigung in Wolfen.

**Jan Korte ist Direktkandidat für DIE LINKE im Wahlkreis 72 (Anhalt).**

[www.jankorte.de](http://www.jankorte.de)

Aber dennoch: Als DIE LINKE 2005, noch nicht formal geeint aber schon im politischen Agieren, mit großartigen 8,7 Prozent in den Deutschen Bundestag einzog, da war die Botschaft unverkennbar: Über vier Millionen Menschen hatten klar gemacht, dass sie sich weder mit Schröders Agenda-Politik noch mit Merkels geplanten neoliberalen „Durchregieren“ abfinden wollten. Die Aufregung war groß, vor allem bei den anderen Parteien. Und der Druck war nicht umsonst. CDU und SPD konnten eben nicht immer, wie sie wollten. Korrekturen am ALG I, der wenn auch zaghafte Einstieg in eine Mindestlohndebatte, die Diskussion über die Höhe des Schonvermögens bei Hartz IV, die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes – das alles war auch der Erfolg unseres starken Abschneidens. Und gleichzeitig bleibt noch viel zu tun: armutsfeste Renten, der Kampf gegen Rechtsextremismus und für mehr Demokratie, eine zivile Außenpolitik, mehr Anstrengungen beim Klimaschutz, gleiche Bildungschancen für alle Kinder, Stärkung des öffentlichen Eigentums – für all diese Ziele braucht es eine noch stärkere LINKE im nächsten Deutschen Bundestag.



**Matthias Höhn** ist Landesvorsitzender der LINKEN in Sachsen-Anhalt.



# Neuverschuldungs- verbot absurd

Die Verschuldung von Bund, Ländern und Kommunen ist ein ernsthaftes Problem. Bund und Länder haben rund 1,5 Billionen Euro Schulden. Allein 20 Mrd. Euro Schulden hat das Land Sachsen-Anhalt, dazu kommen noch die Schulden der Kommunen. Das ist eine Größenordnung, die eigentlich kaum noch fassbar ist. Aber, um die öffentliche Verschuldung in Deutschland ernsthaft zu werten, muss diese in ihrer Gesamtheit betrachtet werden. Entscheidend ist der Vergleich zwischen der Entwicklung des Schuldenstandes und des Bruttoinlandsprodukts. Daran gemessen steigt die öffentliche Verschuldung seit Jahren an. Im April 2008 betrug sie in der Bundesrepublik 63,1 Prozent des BIP. Das ist im internationalen Vergleich hoch, aber nicht außergewöhnlich hoch. In der Euro-Zone beträgt die Verschuldung 65,2 Prozent im Vergleich zum BIP und in Japan liegt sie mit 182,8 Prozent weit darüber.<sup>1</sup> Das aber ist für die LINKE kein Vergleichsmaßstab.

Im Land Sachsen-Anhalt schränken die Zinszahlungen von jährlich einer knappen Milliarde Euro die Spielräume für Landespolitik erheblich ein, auch für Forderungen der LINKEN. Im Ergebnis der Föderalismusreform II beschlossen Bundesrat und Bundestag ein vollständiges Neuverschuldungsverbot für die Länder ab 2020

und eine mögliche Neuverschuldung des Bundes ab 2016 von 0,35 Prozent, das entspricht rund 9 Mrd. Euro jährlich. Da die Länder nur bedingt Einfluss auf die Einnahmen von Bund und Ländern haben, fehlen ihnen nach der Einführung eines Schuldenverbots jegliche Spielräume. Haushaltsstabilität steht vor gesellschaftlicher Stabilität. Für die fünf ärmsten Länder, zu denen auch Sachsen-Anhalt gehört, soll es Konsolidierungshilfen bis 2020 geben, damit diese die Chance haben, Zinsen zu zahlen. Für Sachsen-Anhalt werden es ca. 53 Mio. Euro jährlich sein<sup>2</sup>, die aber nur gezahlt werden, wenn ein Konsolidierungsprogramm, dessen Bedingungen noch keiner kennt, eingehalten wird.

Die Fraktion DIE LINKE hatte sich wiederholt gegen ein Verschuldungsverbot in der Landesverfassung und im Grundgesetz ausgesprochen. Ein Schuldenverbot löst nicht das Problem der Verschuldung an sich. Völlig ausgeblendet wird in der Debatte um ein Verschuldungsverbot die Frage nach den Einnahmen der öffentlichen Hand. Seit rund 10 Jahren gibt es eine Steuerpolitik in der Bundesrepublik, die die Besserverdienenden entlastet. Durch ein Schuldenverbot werden die politischen Spielräume der Parlamente grundlegend eingeschränkt. Ihr Budget-

recht wird drastisch beschnitten und den Parlamentariern wird von vorn herein ein verantwortungsloses Handeln unterstellt. Die Entscheidung, ob neue Schulden aufgenommen werden oder nicht, muss eine politische Entscheidung sein und bleiben – damit befürworten wir nicht eine Neuverschuldung ohne Wenn und Aber.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hat zu dem Problem der Verschuldung eine lange Diskussion geführt und in einem Parteitagbeschluss 2007 Kriterien benannt, nach denen die Aufnahme von Schulden möglich sein kann. Entscheidend ist, dass diese Mittel „für Zukunftsfähigkeit und Wertschöpfung, Nachhaltigkeit und Innovation, für Arbeitsplatzbeschaffung eingesetzt werden. Mittel, die heute in Bildung, Wissenschaft und Forschung fließen, werden zukünftig innovationsfähige Arbeitsplätze schaffen und Menschen dafür qualifizieren.“<sup>3</sup> Künftige Generationen haben nicht nur Schulden zu tragen, sondern sie profitieren natürlich auch von heutigen strukturellen Entscheidungen.

Angesichts der tiefen gesellschaftlichen Krise ist die Entscheidung von CDU, SPD und FDP für ein Verschuldungsverbot absurd. Die Milliardenhilfen für die Banken und auch die großen Wirtschaftsunternehmen werden kaum aus der Portokasse der öffentlichen Haushalte zu bezahlen sein, sondern leider nur durch neue Schulden.

**| Dr. Angelika Klein**

1| Vgl. Bundesministerium der Finanzen, Monatsbericht Juni 2008, S. 104.

2| Mit Eigenanteil des Landes sind es 80 Mio. Euro.

3| Beschluss: „Haushaltspolitische Schwerpunkte der Partei DIE LINKE in Sachsen-Anhalt von 2008 bis 2011“, 1. Tagung des 1. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt 14. bis 16.09.2007.



## Demokratie ist Mitentscheiden

Wenn Katrin Kunert im Stadion auf der Sprintstrecke ist, muss sie sich durchbeißen. Das hat sie trainiert. In der Politik geht es eher um Ausdauer. Um die Abgeordnetenfunktionen in Stendal und im Bundestag wahrzunehmen, wie die Wähler es mit Recht erwarten, dafür pendelt sie ständig zwischen Stendal und Berlin. „Es ist für mich sehr wichtig, dass ich die Verbindung halten kann zwischen der Bundes- und der Kommunalpolitik“, sagt Katrin Kunert, „viele wissen gar nicht, oder wollen es nicht wissen, welche Auswirkungen es in den Kommunen hat, was sie in Berlin beschließen.“ Daher ist sie

auch kommunalpolitische und sportpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion seit 2005. Ihr größtes Ziel ist ein „Ausschuss für Kommunales“ des Bundestages. „Das wäre ein Ausschuss, in dem die Beschlüsse vorher auf ihre kommunalpolitischen Auswirkungen geprüft werden könnten. Eine Gemeindefinanzreform muss endlich auf den Weg gebracht werden, Kommunen dürfen keine Bittsteller sein, sondern müssen über eigene solide Mittel verfügen können!“

**Katrin Kunert ist Direktkandidatin für DIE LINKE im Wahlkreis 67 (Altmark).**

[www.katrin-kunert.com](http://www.katrin-kunert.com)

# Ostdeutschland als Blaupause ...

...und nicht als Problem zu behandeln, ist logische Weiterführung der Erfahrungen der PDS aus der politischen Arbeit der 1990er Jahre. In den letzten zwei Jahrzehnten haben die ostdeutschen Länder – sozial, politisch und ökonomisch – einen enormen Wandlungsprozess hinter sich gebracht. In der jetzigen Situation gehört Sachsen-Anhalt neben Mecklenburg Vorpommern zu den strukturschwächsten Ländern, die Arbeitslosenquote liegt über dem ostdeutschen Durchschnitt von 13,3 Prozent.

Eine selbst tragende Wirtschaft hat sich nicht entwickelt, zwei Millionen Arbeitsplätze fehlen im Osten. Daran haben Sonderprogramme, der Ausbau der Infrastruktur oder die Sanierung der Innenstädte mit wenigen Ausnahmen nicht viel geändert. Der demographische Wandel vollzieht sich in den neuen Ländern mit besonderer Schärfe, weil zum Geburtenrückgang hier noch verstärkt die Abwanderung durch innerdeutsche Arbeitsmigration gen Westen hinzukommt. Junge, gut ausgebildete Menschen, vor allem Frauen, verlassen den Osten auf einem der bestausgebauten Straßennetze Europas.

Ostdeutschland braucht eine Lobby, aber keine bleibende Sonderrolle. Die strukturelle Arbeitslosigkeit infolge der Deindus-

trialisierung betrifft auch andere Regionen der Bundesrepublik. Die Wiedervereinigung hat Fragen der gesamtdeutschen Strukturentwicklung nur verschoben, die Krise verstärkt momentan die Suche nach neuen politischen Konzepten.

Die LINKE hat eine länderübergreifende Studie „Ostdeutschland 2020“ in Auftrag gegeben. Die dort behandelten Fragen berühren zentrale Herausforderungen:

Welche Formen von Arbeit können nachhaltiges Wirtschaften ermöglichen, ist Vollbeschäftigung noch möglich? Welches Wachstum brauchen und wollen wir, welche Energie wollen wir verbrauchen? Wem gehört Wissen im Zeitalter des Internets, wie verbinden wir Bildung mit Chancengleichheit?

Am sozial-ökologischen Umbau führt kein Weg vorbei, so das Ergebnis der Autoren der Studie: „Ostdeutschland hat eine Chance, eine funktionsfähige Wirtschaftsstruktur auszubilden, die zu einem selbsttragenden Aufschwung führen kann. Die Chance ist verbunden mit dem globalen Prozess der Entstehung eines neuen Wirtschafts- und Energiesystems.“ Ein zukunftsfähiger Umbau ist verbunden mit einem „diesen ermöglichenden und begleitenden gesamtgesellschaftlichen Wan-

del, der nachhaltige wirtschaftliche, soziale, kulturelle Innovationen hervorbringt.“

Wir stehen vor Herausforderungen, jetzt Weichen für die nächsten Jahrzehnte zu stellen, – sozial, politisch, ökonomisch – aber das kennen wir ja schon!

| **Anke Lohmann**

## Auch in Berlin: Der Wahlkreis ganz nah

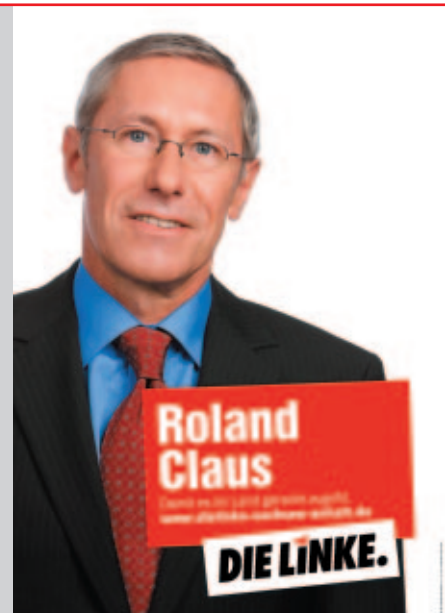
Das ist eine Frage, die ganz besonders häufig gestellt wird: Ob man denn im Bundestag in Berlin tatsächlich etwas für seinen Wahlkreis tun kann. Und ich beantworte diese Frage sehr überzeugt mit Ja. Da ist zum Beispiel die Sache mit der Unterstützung der Industrie. So habe ich mich für den Altöl-Aufbereiter Puralube in Tröglitz stark machen können, habe die Ansiedlung der Silbitz Guss in Zeitz befördert, bin in regelmäßigem Arbeitskontakt mit InfraLeuna und anderen Chemieunternehmen. Was kann man da tun als Bundestagsabgeordneter? Es geht um die Förderung modernster Technologien, um

Einflussnahme auf Regelungen bei Energiekosten, um Standortentscheidungen. Auch mit der MIBRAG bin ich im Gespräch. Hier Sorge ich mich darum, dass es zum behutsamen Abgleich zwischen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Interessen kommt.

Ich bin Ost-Koordinator der Fraktion DIE LINKE und Mitglied des Haushaltsausschusses. Beides geht mit dem Einsatz für meinen Wahlkreis ganz ausgezeichnet zusammen.

**Roland Claus ist Direktkandidat für DIE LINKE im Wahlkreis 74 (Burgenland-Saalekreis).**

[www.rolandclaus.de](http://www.rolandclaus.de)

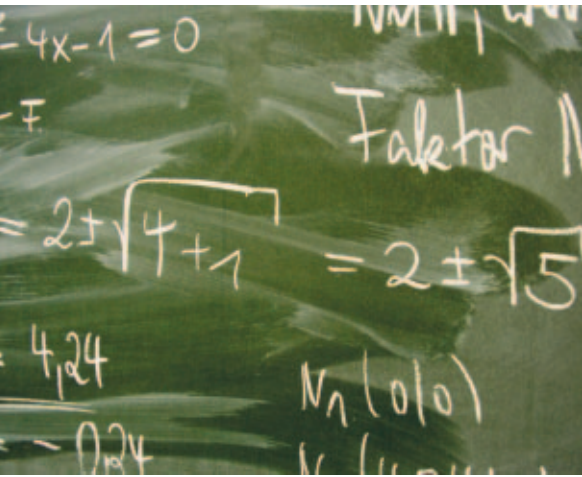


## Leitbild »Ostdeutschland 2020«

Studie im Auftrag der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Partei DIE LINKE in den Landtagen und im Deutschen Bundestag.

Die Studie ist kostenlos erhältlich in den Geschäftsstellen der LINKEN.

# Zur Bildung? Nach LINKS



„Es liegt im Wesen von Wissen, ein gesellschaftliches Gut zu sein.“ Mit diesem Zitat des französisch-österreichischen Philosophen André Gorz im Bundestagswahlprogramm sagt die LINKE eigentlich alles. Denn 2009 geht es um eine Richtungsentscheidung bei der Bildung: Entweder unaufhaltsamer Weg in den umfassenden Bildungsmarkt oder hin zu mehr Chancengleichheit und Breitenwirkung in der Bildungspolitik.

So kann man die Auswirkungen marktliberaler Reformen im Bildungssektor analog zu den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen durchdeklinieren: Rückzug des Staates aus der Finanzierung, Erhärtung

und Verstärkung sozialer Unterschiede, Privatisierung der Kosten, Elitisierung statt Demokratisierung. Die Verlierer sind dabei nicht nur die Bürger, im Bildungsbereich immer öfter „Kunden“ genannt, es sind auch die Beschäftigten an Hochschulen, Schulen und KiTas; und nicht zuletzt ist es die Gesellschaft.

Die LINKE tritt daher konsequent für den Paradigmenwechsel ein: Im Schulwesen soll längeres gemeinsames Lernen für mehr Chancengleichheit sorgen – also Kinder mitnehmen, statt sie auszusortieren. An den Hochschulen verschärfen Studiengebühren die soziale Schieflage, bestehen zu viele Zugangsbeschränkungen. Im Ausbildungsbereich müssen Unternehmen wieder stärker in die Pflicht genommen werden. Für KiTas muss ein Rechtsanspruch auf möglichst beitragsfreie Ganztagsbetreuung realisiert werden. Zur Finanzierung fordert die LINKE die Steigerung der Bildungsausgaben auf sieben Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Das Leitmotiv für Bildung muss primär die Selbstbestimmung des Einzelnen und ihre Rolle für ein verantwortungsvolles, solidarisches Miteinander in der Demokratie sein. Die LINKE hat das verstanden.

| Felix Knothe

## Kurze Anmerkungen zum Bildungstreik

Haben sich die Wogen geglättet nach dem wohl wirkungsmächtigsten Bildungstreik in Deutschland? Erstmals ist ein Protest von Schülerinnen, Schülern und Studierenden auf so wohlwollendes Interesse bei Medien und Politik gestoßen.

Doch erreicht ist bisher nicht viel. Das Wohlwollen blieb zum Großteil beschränkt auf das für Pragmatikergeister Erfassbare. Nun sollen schlechte Studienbedingungen „verbessert“ werden, indem hier ein Schraubchen gedreht, dort ein Pöstchen mehr geschaffen wird. Den systemischen Durchblick, den die Protestierenden mit ihren Forderungen bewiesen haben, müssen sie für die Gesellschaft jedoch weiterhin erst noch erkämpfen. Der Kern des Bildungstreiks waren nicht nur die vollen Hörsäle. Es geht hier auch um die Identität des Lernenden, um den Begriff, den sich die Gesellschaft von Bildung macht. Was Ministerin Schavan noch als „gestrig“ abtut, hat für das Morgen entscheidende Bedeutung.

Es mag daher für ehemalige Aktivisten tröstend sein, dass die Parole von Selbstbestimmung im Studium und von der Demokratisierung der Hochschulen auch die nächste Studierendengeneration erfasst hat. Realität wird sie dadurch noch nicht, doch rückt sie mit jedem Streik näher.

| Felix Knothe



### Bildung emanzipiert zu selbstbestimmtem Leben

Als Mitglied des Landtages hat sie Spuren hinterlassen in Sachsen-Anhalt. Als erstes Bundesland hatte Sachsen-Anhalt 1996 ein Gesetz zur Förderung von Musikschulen, das Kommunen ermutigte, kommunale Musikschulen zu erhalten und musikalische Früherziehung, Instrumental- und Gesangsausbildung bis zur Studienvorbereitung mit sozial verträglichen Gebühren ermöglicht. Seit Jahren müht sie sich auch, polytechnische Inhalte in den modernen Schulen unterzubringen.

„Eine gute Bildung und Ausbildung sind für Menschen heute zu einer wichtigen

Grundlage für ein erfolgreiches Leben geworden. Bildung emanzipiert Menschen, ermöglicht es ihnen, ihre Interessen besser durchsetzen zu können. Mehr gute Bildung für alle ist im besten Sinne eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben. Bildungspolitik hat darum einen zentralen Stellenwert in der Politik meiner Partei.“

**Rosemarie Hein ist Direktkandidatin der LINKEN im Wahlkreis 70 (Magdeburg).**

[www.rosemarie-hein.de](http://www.rosemarie-hein.de)

# Freiheit und Gleichheit – soziale Gerechtigkeit und Demokratie

■ DIE LINKE streitet für eine plurale und sozial gerechte Gesellschaft, die es jedem ermöglicht, sein Leben frei und selbstbestimmt zu führen. Das erste und einzige Konzept, das Pluralität, Freiheit und Selbstbestimmung und die prinzipielle Forderung nach Gleichheit miteinander verbinden kann, ist die Demokratie. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass Minderheiten zu Mehrheiten werden können, dass Menschen mit unterschiedlichen sozialen und soziokulturellen Hintergründen und Bedingungen gleichberechtigt Teil der Gesellschaft sind, dass Freiheit nicht nur die Freiheit des Marktes bedeutet.

Doch die Demokratie steckt in einer tiefen Krise. Die Gründe dafür sind vielfältig und nicht zuletzt in den Entscheidungen der herrschenden Politik zu suchen. Mit der unsozialen Politik der letzten Jahre, insbesondere mit der Umsetzung der Agenda 2010, wird nicht nur der Abbau des Sozialstaates betrieben, werden Menschen nicht nur ins soziale Abseits gedrängt. Sie werden auch in ihren demokratischen Rechten beschränkt. Indem diejenigen, die auf die Solidarsysteme an-

gewiesen sind, schlechtere oder schlichtweg weniger Chancen auf Partizipation in so wichtigen Bereichen wie Kultur, Bildung, Gesundheit, Wohnen und Verkehr haben, wird eine Grundvoraussetzung für die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft untergraben: Die freie und gleichberechtigte Teilhabe aller am sozialen und kulturellen Leben.

Hier setzt die Politik der LINKEN an. Sie ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit und die Partei der Bürgerrechte. Die Demokratisierung der Demokratie ist deshalb eines ihrer zentralen Ziele. Was heißt das? Es heißt zum einen das Streiten für mehr direkte Demokratie, für Bürgerentscheide und die Transparenz staatlichen Handelns, für kostenfreien und unkomplizierten Zugang zu Informationen der Verwaltungen, für den Ausbau des Wahlrechts und die Stärkung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen.

Es heißt zum anderen das entschiedene Eintreten gegen den Abbau von bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechten im Namen einer zweifelhaften Sicherheitspolitik, für eine klare Trennung von Polizei-

und Geheimdiensten und gegen die Einschränkung des Rechtes auf Versammlungsfreiheit, gegen den Ausbau des Überwachungsstaates und für konsequenten und nachhaltigen Datenschutz.

Für DIE LINKE sind soziale und politische Grundrechte zwei Seiten einer Medaille. Denn nur wer sozial abgesichert ist und damit ein Leben in Würde und Selbstbestimmung führen kann, ist in der Lage, seine politischen Grundrechte intensiv und in vollem Umfang wahrzunehmen. Die sozialpolitischen Vorschläge der LINKEN zielen deshalb in ihrem entscheidenden Moment auf mehr Teilhabe ab. Die Forderung nach der Überwindung von Hartz IV ist eine Kernforderung der LINKEN und wäre nicht nur eine Entscheidung für mehr soziale Gerechtigkeit und für die Bekämpfung von Armut, sie wäre auch eine Entscheidung für mehr Demokratie.

| **Henriette Quade**

## Was alle brauchen, muss öffentlich bleiben

Auf der Agenda des 55-jährigen Sangerhäuser Diplomökonomen für den Bundestagswahlkampf stehen u.a. zwei Prämissen: „Keine Privatisierung von kommunalen Unternehmen“ sowie die „Verbesserung der flächendeckenden, bedarfsgerechten haus- und fachärztlichen Versorgung sowie der Erhalt und die Stärkung der Krankenhausstandorte in kommunaler Trägerschaft“. Was in der gesamten Bundesrepublik gelten soll, hat auch einen lokalen Bezug, unterstreicht Harald Koch. „Seit über einem Jahr beschäftigt nur noch ein Thema den Landkreis Mansfeld-Südharz – und das sind

der abrupte Niedergang und dann der jeweils folgende Verkauf der kommunalen Unternehmen des Landkreises“, so der Leitende Kreisverwaltungsleiter, der seit 1976 im ehemaligen Rat des Kreises und danach im Landkreis ein großes Maß an Erfahrungen in Sachen Kommunalpolitik sammeln konnte. Und Harald Koch hat es sich von Anfang an zur Maxime gemacht, stets im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu handeln. Und das achten diese.

**Harald Koch ist Direktkandidat der LINKEN im Wahlkreis 75 (Mansfeld).**

**www.  
dielinke-sachsen-anhalt.de/wahlen**



# 70 Jahre nach Kriegsbeginn

■ Im Gedenkjahr 2009 liegt auch der 70. Jahrestag des deutschen Angriffes auf Polen am 1. September 1939. Das Datum markiert den Beginn des II. Weltkrieges, dessen Verlauf 60 Millionen Leben forderte – infolge militärischer Auseinandersetzung, als Opfer des Genozids und rassistischer Verfolgung, durch Terror, Kriegsverbrechen und Verschleppung. Die Sowjetunion und China hatten mit 25 und 15 Millionen Toten die meisten Opfer zu beklagen. Durch ganz Europa verlief der systematische Mord an 6 von 11 Millionen als Juden definierten Menschen.

Die Kriegspläne des nationalsozialistischen Deutschland begnügten sich nicht damit, die territorialen Verluste nach dem Versailler Vertrag wieder wett zu machen. Bereits mit der Eingliederung des Saarlands 1935, dem „Anschluss“ Österreichs und des Sudetenlandes 1938 sowie der Besetzung der „Rest-Tschechei“ im März 1939 waren die Sanktionen für das im I. Weltkrieg unterlegene Deutsche Reich weitgehend getilgt. Hitlers Begriff vom Krieg ließ sich nicht allein aus dem Streben nach Wiederherstellung deutscher Großmachtsansprüche ableiten oder einer Kontinuität revisionistischer Zielstellungen konservativer Eliten.

Hitlers in den 1920er Jahren entworfenes Weltbild enthielt bereits die geopolitischen und rassistischen Konsequenzen seiner späteren Politik – in einem Kampf um „Selbst- und Forterhaltung“ befänden sich die Völker auf global begrenztem Raum. Dieser Kampf wäre keine Auseinandersetzung unterschiedlicher Machtinteressen, sondern ein Überlebenskampf von grundsätzlich verschiedenen Völkern und Rassen. Damit überführte die Programmatik der NSDAP zeitgenössische sozialdarwinistische und antisemitische Ideologien in

die Vorstellung eines baldigst bevorstehenden „Rassenkrieges“. An dessen Ende stände nicht der Sieg über den Gegner, sondern dessen Auslöschung.

Der von Deutschland entfesselte II. Weltkrieg war von Beginn an ein Krieg um „Lebensraum“ für den „arischen Volkskörper“. Die beabsichtigte deutsche Hegemonie – europäisch und global – war in dieser Lesart nicht allein imperiales Wirtschaftsprogramm, sondern die bio-strategische Erfüllung und Erhaltung eines „Volkskörpers“ durch die Ausgewogenheit aus „Volkszähl und Lebensraum“.

Am 30. Januar 1939 kündigte Hitler in seiner Reichstagsrede die „Vernichtung der Juden in Europa“ an. Im September wurde der „jüdisch-demokratische Weltfeind“ für den Kriegsbeginn verantwortlich gemacht – am 1. September 1939 bediente man sich noch der Maskerade, SS-Angehörige



## Je linker, desto sozialer

Wenn Elke Reinke sagt: „Hartz-IV muss weg“, dann hört sich das anders an als eine Parole, dann hört man die fast allergische Abneigung gegen diesen Begriff in ihrer Stimme, die aus der bitteren eigenen Erfahrung gewachsen ist. Acht Mal war sie arbeitslos, dazwischen Qualifizierungen für die „überqualifizierte“ Elektroingenieurin. „Und nach jeder weiteren Maßnahme waren meine Kinder ein bisschen älter, und ich war immer noch Frau“, sagt sie sarkastisch.

Elke Reinke ist direkt von der Protestbewegung gegen die Hartz-Gesetze in die Politik gekommen. „Hartz-IV macht

nicht nur arm – auch noch krank“, sagt sie. „Die Aufstockung auf 500 Euro Regelsatz kann nur ein Schritt sein – Hartz-IV muss ganz weg. Wir brauchen eine wirkliche soziale Grundsicherung, die man nicht erbetteln muss“, flankiert von einem gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro, den die LINKE erreichen will. In der letzten Legislaturperiode hat sie erlebt, wie die LINKE die konservativen Parteien mit sozialen Forderungen vor sich hergetrieben hat. „Das muss weitergehen: je linker, desto sozialer“, kann sie ihren Wählern versprechen.

**Elke Reinke ist Direktkandidatin für DIE LINKE im Wahlkreis 69 (Harz).  
[www.elkereinke.de](http://www.elkereinke.de)**

mit polnischen Uniformen zu verkleiden. Mit der Ermordung der polnischen Eliten und „rassisch Minderwertiger“ begann die „Germanisierung“ der Ostgebiete – die später von „Wehrbauern“ bewirtschaftet und gesichert werden sollten.

Die aggressive Umsetzung dieser ideologischen Ziele wird heute unstrittig als „Vernichtungskrieg“ charakterisiert. Im speziellen ist damit die Ausweitung des Krieges auf die Sowjetunion ab 1941 gemeint, mit den systematischen Massenerschießungen der jüdischen Bevölkerung im Rücken der Front. Wehrmacht und Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei, die mobilen Mordkommandos des „Rassenkrieges“, arbeiten vertraglich verzahnt am Mordprogramm der „Endlösung“.

In der Habilitationsschrift von Jochen Böhrer beginnt der Vernichtungskrieg nicht erst 1941, sondern bereits 1939 mit dem Überfall auf Polen (siehe Leseempfehlungen auf S. 16 in dieser Ausgabe). Eine Debatte um die Datierung erscheint auf den ersten Blick verwunderlich, denn die Ermordung von Zivilisten unter rassistischen Vorzeichen im „Polenfeldzug“ ist nicht umstritten. Der fachliche Streit dreht sich um den Beginn der Verstrickung der Wehrmacht in den Holocaust. Mit der Ausstellung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944* gewann die Diskussion jenseits wissenschaftlicher Fragestellungen an enormer Bedeutung für die Öffentlichkeit. Das Hamburger Institut für Sozialforschung hatte mit den 1995 begonnenen Ausstellungen die Rolle der Wehrmacht in der Vernichtungspolitik des deutschen Reiches thematisiert. Die Wanderausstellung

### „Unrecht kennt keinen Verrat“ (Jan Korte)

Im nationalsozialistischen Deutschland wurden 20.000 Todesurteile und Tausende Zuchthausstrafen an Deserteuren, Kriegsdienstverweigerern und so genannten Kriegsverrätern vollstreckt. Die Urteile der „Kriegsverräter“ sind zumeist bis heute nicht aufgehoben. Bemühungen der Familien von Betroffenen und der „Vereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.“ eine pauschale Rehabilitierung zu erreichen, so wie das 2002 für die Deserteure geschah, fanden lange keine politische Unterstützung.

Mit dem Einzug der Fraktion DIE LINKE in den Bundestag gab es eine politische Lobby für die Rehabilitierung dieser Gruppe, die bisher nicht in den Gesetzen zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile berücksichtigt war. DIE LINKE stellte 2006 den ersten Antrag dazu und ließ ihn nicht in den parlamentarischen Mühlen versacken. Mit heute noch lebenden Betroffenen hat Jan Korte (MdB) über die gesamte Legislaturperiode an der politischen Durchsetzung gearbeitet. Nach einer Studie der Historiker Wolfram Wette und Detlef Vogel 2007 und einer hochkarätigen Anhörung 2008 konnte der wissenschaftliche Forschungsstand nicht mehr ignoriert werden. „Kriegsverrat“ war – spätestens seit der Neudefinition 1934 – im faschistischen Justizapparat ein Instrument politischer Willkür. Nicht Geheimnisverrat, Spionage oder Gefährdung der Truppe, sondern Wehrverweigerungen, geäußerte Kriegszweifel oder Hilfestellung für Gefangene wurden als Tatbestände bei der Prüfung der historischen Urteile festgestellt, die vor allem einfache Soldaten trafen.

Der Beteiligung an einem Gruppenantrag aller Fraktionen, also gemeinsam mit der LINKEN, hat sich die CDU/CSU bis jetzt entzogen (24.08.09). Die LINKE will dem Antrag trotzdem zustimmen, damit das deutsche Parlament dieses Kapitel NS-Unrecht endlich aufhebt – 64 Jahre nach dem Ende des II. Weltkrieges.

| **Anke Lohmann**

polarisierte und war ein Publikumsmagnet – und Neonazis konzentrierten sich auf sie. Gegen die Eröffnung in München fand 1997 der bis dahin größte Naziaufmarsch seit 1945 statt.

Bereits 1961 hatte Raul Hilberg in seinem Standardwerk *Die Vernichtung der europäischen Juden* zur Beteiligung der Wehrmacht festgestellt: „Mit Beginn der mobilen Tötungsaktionen, fand sich die

Wehrmacht unversehens im Zentrum des Holocaust wieder.“ Ab Mitte der 1990er Jahre erreichte mit der Ausstellung diese Feststellung erneut die deutsche Öffentlichkeit – und stellte damit erneut die Frage nach Täterschaft, Verantwortung, Beteiligung und Schuld.

| **Anke Lohmann**

## Perspektiven für unsere Region

„Mehr Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit“, das ist die Zielsetzung des 38-jährigen Rechtsanwalts aus Wittenberg. Seit 2006 ist er linkes Mitglied des Kreistages. So hat er bereits Erfahrungen, vor allem auf seinem Spezialgebiet, der Sozialpolitik gesammelt. Und er prangert an: „Die Bundespolitik der letzten Jahre hat die soziale Ungleichheit massiv verschärft und demokratische Rechte von uns Bürgerinnen und Bürgern eingeschränkt. Die Hartz-IV-Gesetze haben Menschen in Armut gestürzt. Leiharbeit, niedrige Löhne und fehlende Ausbildungschancen veranlassen sie häufig, unsere Region zu

verlassen.“ Diese neoliberale Politik verlangt ein grundlegendes Umsteuern, so der Rechtsanwalt. „Ich setze mich deshalb für einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters muss zurückgenommen und die Hartz-IV-Regelungen grundlegend verändert werden. Erforderlich ist eine Verlängerung der Arbeitslosengeld-I-Zahlung auf 36 Monate. Eine repressionsfreie soziale Grundsicherung, bezogen auf den individuellen Bedarf, muss die Existenz absichern.“

**Jörg Schindler ist Direktkandidat für DIE LINKE im Wahlkreis 71 (Dessau-Wittenberg).**

[joergschindler.wordpress.com/](http://joergschindler.wordpress.com/)



# Bund und Kommune gemeinsam denken

■ Einer Tradition folgend, veranstaltet die Landtagsfraktion DIE LINKE und das „kommunalpolitische forum“ Sachsen-Anhalt e.V. nach den Kommunalwahlen ein Treffen der kommunalen Amts- und Mandatsträger.

Ziel der Veranstaltung im August 2009 in Bernburg wird es sein, über die kommunalpolitischen Herausforderungen zu diskutieren, die sich im Spannungsfeld zwischen Bundes- und Landespolitik entwickelt haben. Ausgehend von aktuellen Themen wie dem Doppelhaushalt 2010/11, der Landesentwicklung, der Neuausrichtung des Finanzausgleichsgesetz, der Funktionalreform und der gesetzlichen Phase der Gemeindegebietsreform gilt es, konkrete eigene Anforderungen an eine veränderte Bundespolitik zu formulieren sowie gemeinsam über Formen der Zusammenarbeit zwischen Kommune und Land zu diskutieren.

Gerade die Beziehung von Bundes- und Kommunalpolitik wird häufig als ein belastetes Verhältnis empfunden, denn nicht selten brachten bundespolitische Entscheidungen erhebliche Probleme für die Kommunen mit sich.

So verschärfen die Finanzmarktkrise und die wirtschaftliche Rezession die kommu-

nale Finanzlage. Die Folgen sind niedrige Einnahmen und höhere Ausgaben. Für das Jahr 2009 prognostizieren die kommunalen Spitzenverbände allein bei der Gewerbesteuer einen Rückgang um bis zu 18 Prozent. Die Hans-Böckler-Stiftung beziffert die Mindereinnahmen der Kommunen auf 1,9 Mrd. Euro für 2009 und 3,4 Mrd. Euro für 2010. Damit würden den Kommunen 30 Prozent der mit dem kommunalen Zukunftsinvestitionsprogramm zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel wieder entzogen, für 2010 sogar 60 Prozent. Auch die übrigen Steuereinnahmen sowie die Zuweisungen der Länder werden deutlich sinken. Zugleich steigen aufgrund zunehmender Arbeitslosigkeit die Sozialausgaben. Das führt dazu, dass das über Jahrzehnte aufgrund bundespolitischer Entscheidungen entstandene strukturelle Defizit nicht beseitigt, sondern weiter verschärft wird.

Die Linksfraktion stellte in ihrem im Juni im Deutschen Bundestag behandelten Antrag „Zur Verantwortung des Bundes für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ (Drs. 16/12892) fest, dass Bund und Länder gefordert sind, „den Investitionsimpuls der Konjunkturpakete ungeschmälert in den Kommunen ankommen zu lassen“. Der in die Ausschüsse überwiesene Antrag fordert die Bundes-

regierung u.a. auf, durch geeignete Maßnahmen die Handlungsfähigkeit der Kommunen wieder herzustellen.

Weiterhin notwendig es, die Bundesbeteiligung für Pflichtaufgaben, die der Bund den Kommunen vor der Föderalismusreform 2006 übertragen hat, an die Kostenentwicklung anzupassen. Dazu gehören u.a. die Kosten für Unterkunft und Heizung oder die Kosten der Grundsicherung im Alter, aber auch die gesetzliche Folgeregelung der Erbringung der Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II. Der Wegfall der Gewerbesteuerumlage würde der Maßgabe des Grundgesetzes entsprechen, dass eine den Gemeinden mit Hebesatz zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle zu den Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung gehört. Nicht zuletzt ist die Schaffung bundesgesetzlicher Voraussetzungen nötig, die eine Rekommunalisierung wichtiger Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge ermöglichen sollen.

**Gerald Grünert**, kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt und

**Karsten Köpp**, wissenschaftlicher Mitarbeiter für Kommunal-, Wohnungs- und Verkehrspolitik.



## Mit Mut und ehrlichem Herzen

Thomas Waldheim würde am liebsten alle aufrütteln, auf die Straße zu gehen und laut ihre Forderungen zu stellen – wie bei den Montagsdemos gegen Hartz-IV. Bei der ersten in Schönebeck 2004 waren 5.000 Leute gekommen, zu denen er gesprochen hatte. Gestandener Gewerkschaftsfunktionär war er da schon. Der Baumaschinist mit Trassenerfahrung ging auf die Akademie für Arbeit in Frankfurt am Main und wurde Gewerkschaftsfunktionär.

Dass er jetzt für den Bundestag kandidiert, will Thomas Waldheim als Chance nutzen,

um immer wieder auf den täglichen Verfassungsbruch hinzuweisen: „Wo ist denn die Würde des Menschen aus dem Artikel 1 des Grundgesetzes bei Hartz-IV, Dumpinglöhnen, Rente mit 67, Kinder- und Altersarmut?“ Thomas Waldheim hat an den Berufsschulen eine Erfahrung gemacht, wenn unzufriedene Lehrlinge resignierten: „Sprich mit deinem Nachbarn, suche Gleichgesinnte in der Klasse, in der Schule – dann können wir etwas ändern.“

**Thomas Waldheim kandidiert im Wahlkreis 68 (Börde-Jerichower Land).**

**www.dielinke-sachsen-anhalt.de/wahlen**



# Konzeptionslose Politik für die Milchwirtschaft

■ Während sich unter den gegenwärtigen krisenhaften Bedingungen die Bundesregierung und die Landesregierungen fast nur noch der Autoindustrie und dem Bankwesen zuwenden, wird dem Sterben von Milchbauern und jetzt auch der ers-

ten Molkereibetriebe konzeptionslos zugeschaut.

Nachdem sich in Sachsen-Anhalt bereits mehrere Bauern in den zurückliegenden Monaten aus dem Milchgeschäft zurückgezogen haben, schlagen Preispolitik und Krise jetzt auch auf die kleineren milchverarbeitenden Unternehmen durch. Was auf Bundesebene als „struktureller Anpassungsprozess“ – so die parlamentarische Staatssekretärin Ursula Heinen-Esser – bezeichnet wird, ist für die Betroffenen Landwirte eine Zerstörung von Existenzen und für die Zukunft der ländlichen Räume eine unheilvolle Entwicklung.

Im Jahre 2000 gab es in Sachsen-Anhalt noch 917 Milcherzeugerbetriebe – bis 2008 sank ihre Zahl um fast ein Viertel (!) auf 697. Dies war natürlich mit einem stetigen Rückgang des Milchkuhbestandes verbunden. Er sank von 159.229 Milchkühe im Jahre 2000 auf 131.426 bis Mitte 2007. (1990 gab es in Sachsen-Anhalt noch 290.900 Milchkühe.) Allein in der Altmark – Grünlandstandort und traditionelle Hochburg der Rinderzucht – gibt es

heute über 70.000 Rinder und davon etwa 25.000 Milchkühe weniger als noch vor 19 Jahren.

Solche „Anpassungsprozesse“ konterkarieren das Konzept einer flächendeckenden Landwirtschaft, zerstören eine regional verwurzelte und dem der jeweiligen Region angepasste Milchproduktion und damit Arbeitsplätze und Auskommen auf dem Lande.

Um nachhaltige Veränderungen herbeiführen zu können, gibt es vor allem auf EU- und Bundesebene Handlungsbedarf. Die von der Bundesregierung verfolgten Maßnahmen im Rahmen des so genannten Milchfonds sind praktisch wirkungslos. Der EU-Agrarministerrat muss sich unverzüglich auf kartellrechtliche Maßnahmen verständigen, mit denen der sittenwidrigen (Milch-) Preispolitik Einhalt geboten werden kann.

In diesem Sinne forderten wir die Landesregierung bereits auf, sich im Interesse der Milchbauern, der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes auf Bundesebene und gegenüber der EU stark zu machen. Der entsprechende Antrag, den wir dazu in den Landtag einbrachten, fand bezeichnenderweise in diesem Punkt bei den Koalitionsparteien keine Unterstützung.



**Hans-Jörg Krause** ist agrarpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.

# Orakel Internet

■ Google, die führende Suchmaschine, weiß inzwischen nicht mehr nur, wo im weltweiten Internet man etwas findet – sie kann mittlerweile auch Entwicklungen voraus sagen. So etwa den norwegischen Sieg beim jüngsten Eurovision Song Contest. Warum? Google Insight weiß und beobachtet, wofür sich die User interessieren, wohin sich ihr Interesse wendet, wo es sich bündelt. Die Daten sind – anonymisiert – für jedermann zugänglich. Und sie sind lehrreich – auch und vielleicht gerade für politische Parteien.

Zunächst: Man mag über Politik- und Parteienverdrossenheit so viel reden, wie man will – das politische Interesse an den Parteien ist ungebrochen. Es gibt jahreszeitliche Schwankungen und politische Zyklen. Im Sommerurlaub oder in der Weihnachtszeit dürsten die Bürgerinnen und Bürger weniger nach Neuem über die Parteien – in Vorwahl- und bei der LINKEN auch in Parteitagszeiten nimmt das Interesse jedoch deutlich zu.

Allerdings: Von welcher Seite auch immer man schaut – der einsam hohe Gipfel vom Wahlherbst 2005 bleibt einfach unerreich. Nur die Grünen machen eine Ausnahme – sie waren für die große Schlacht Schröder vs. Merkel wohl nicht von besonderem Interesse.

Anders die LINKE. Vom Mai 2005 schossen die Nachfragen nach ihren beiden Quellparteien, aber auch schon nach dem künftigen Parteinamen drastisch in die Höhe – weit über den Spitzenwert, den die alte PDS ein Jahr davor angesichts ihres Vormarsches bei den Landtagswahlen in Thüringen und später Brandenburg vor dem Hintergrund der großen Hartz-IV-Proteste erzielt hatte.

Übertroffen wurde diese Hinwendung nur noch durch ihre beiden Protagonisten – Oskar Lafontaine und Gregor Gysi. 2005, im Aufbruchjahr der Linken und DER LINKEN, näherten sich die Menschen dem Projekt vor allem über Personen. Doch inzwischen hat sich die Partei stabilisiert: Man fragt jetzt vor allem nach DER LINKEN, nach dem, was die Partei sagt, denkt, will, betreibt.

Sachsen-Anhalt übrigens ist in all diesen Dingen mit am wenigsten intensiv im Netz unterwegs. Anders jedenfalls als die Länder, in denen nicht nur Bundestagssondern auch Landtags- und/oder Kommunalwahlen anstehen. In Schleswig-Holstein jedenfalls schoss das Interesse an der LINKEN im Juli 2009 schlagartig in die Höhe – trotz Urlaubszeit, denn die Große Koalition in Kiel war zerbrochen und vorzeitige Landtagswahlen rückten heran.

Welche Partei wird die Wahlen gewinnen? Und wie hoch? Das weiß Google Insight noch nicht. Was aber abzulesen ist: Auch bei diesen Wahlen 2009 gewinnt das politische Interesse, gewinnt die Demokratie – und gewinnt die LINKE an Aufmerksamkeit und Zuwendung. Es mag Blockaden und Kampagnen in den traditionellen Medien geben – die Bürgerinnen und Bürger suchen hingegen im Internet nach Möglichkeiten eigener, unverstellter, unabhängiger Meinungsbildung. Dabei stoßen sie auch und ziemlich leicht auf unsere Seiten, auf unsere Botschaften, auf unsere Debatten. Und sie stoßen im Wahlkampf, auf den Straßen, im wirklichen

Leben auf uns selbst – auf die Mitglieder und Sympathisanten der LINKEN. Wir treffen also auf interessierte, aufgeschlossene, auf suchende Menschen. Reden wir mit ihnen – offen und engagiert. Es lohnt sich. Für beide Seiten.



**Dr. Thomas Falkner**  
ist Referent für Grundsatzfragen in der LINKEN Landtagsfraktion in Brandenburg.



## Odo von Aktenrath Abgeordneter im Ruhestand

### Lieber, sehr verehrter Freund,

es lässt mich nicht los: Was ist ein „Sommerloch“? Nach landläufiger Auffassung geht es wohl darum, dem parlamentarisch-politischen Ferienbetrieb Rechnung zu tragen. Ich neige dazu, es geht hier um eine eher mediale Erfindung, wurzelnd darin, dass politisch wenig zu berichten sei, wenn die politischen Spitzen Urlaub machen. Das ist eigenartig. Lassen wir Dienstwageneinsätze einmal beiseite – passiert nichts Berichtenswertes mehr, wenn besagte politische Spitzen nur ein paar Tage nicht vor Kameras oder Mikrofonen erscheinen? Zu Dienstwagen nur soviel: Recht haben und Recht bekommen – das sind zwei sehr verschiedene Dinge ... Ich mag nicht darüber nachdenken, wie viele Moralisten hier – eifrig Steine werfend – selbst in gläsernen Behausungen sitzen ...

Zurück zum „Sommerloch“. Ich neige zu der Auffassung, wir erliegen hier, ähnlich dem „Phantom der Oper“, einem „Phantom des Politischen“. Richtet sich das Leben nach Urlaubsplanungen im politischen (Spitzen-)Raum? Das mag mir so gar nicht einleuchten, zumal wir in Zeiten einer Krise leben, für die den meisten Heutigen jeglicher praktische Vergleich fehlen dürfte. Aber es mag ja schwer fallen zu lernen, dass absolut nichts mehr sicher scheint: das Häuschen kann schnell der Bank gehören, der Arbeitsplatz geht von dannen, und ein Jahr später findet man sich im Hartz-Raum wieder, Qualifikationen von gestern sind der Schrott von heute, die Zukunft der Kinder droht in eigene Gegenwart abzugleiten. Denn noch immer wird diese Krise fälschlich als eine virtuelle erlebt ... Was soll daraus werden? Mehr und mehr verstetigt sich der Eindruck, das interessiert nicht, nicht einmal wenige Wochen vor nicht ganz unwichtigen Wahlen. Denn die Wiederwahl scheint um so sicherer, je geschmeidiger reale Entscheidungsfelder umschiffen werden wie garstige Klippen.

Und das Große findet sich in der Provinz ungebrochen wieder. In einem Anflug von Zynismus fallen mir verschiedene

Dinge ein, die unsere politische Eliten auf ihre Fahnen schreiben könnten: Cochstedt den Fledermäusen, Breitband den Breitmaulfröschen, Sozialrücklagen von Fraktionen den Hedgefonds, Kampf den bissigen Hunden, Feldblumen statt Geld den heiratswilligen Kommunen, Scheibenbremsen den Schuldenwilligen, Numerus Clausus den Studienwilligen – das wäre doch wenigstens die Klarheit und Wahrheit, wie sie von Haushaltsplänen gefordert wird.

Stellen Sie sich nur vor – der Finanzminister präsentiert einen Haushaltsentwurf, dem eine strategische Sparvariante, eher eine Streichvariante, vorausging. Die eigene Fraktion stellt fest, das geht so nicht. Der Ministerpräsident meint, es müsse noch viel rabiater gespart – sprich: gestrichen – werden. Die Partei des Ministerpräsidenten macht derweil noch Urlaub. Klingt das nicht nach Tollhaus?

Nun lassen Sie sich von meinem Alterspessimismus nicht verdrießen – vielleicht ist das Leben doch allemal klüger als alle Politische ...

### In freundlicher Verbundenheit Ihr v. Aktenrath

## Termine zur Wahl

### 07. bis 18. September 2009,

**Sommertour mit Wulf Gallert**, dem Vorsitzenden der Linksfraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, [www.dielinke-fraktion-lsa.de](http://www.dielinke-fraktion-lsa.de)

**16. September, 18.00 Uhr – Polit-Talk mit Jugendlichen**, Bernburg, SOS-Kinderdorf – mit **Jan Korte**

**17. September, ab 09.30 Uhr, 15.30 Uhr – Podium zum Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus**, Multikulturelles Zentrum Dessau e.V., Parkstraße 7, Dessau-Roßlau – mit **Jörg Schindler**

**17. September, 18.00 Uhr – Runde zur Arbeitsmarktpolitik, Burg**/bei Magdeburg – mit **Thomas Waldheim**

**18. September, 14.00 bis 18.00 Uhr – „Nudeln mit roter Soße“ – Veranstaltung zum Weltkindertag**, Magdeburg, Leiterstraße – mit **Rosemarie Hein**

**21. September, 16.00 Uhr – Podium der IHK**, Halle (Saale), Franckestraße 5 – mit **Petra Sitte**

**21. September, 19.00 Uhr – Podiumsdiskussion des DGB**, Salzwedel, Gaststätte „Zur Post“ – mit **Katrin Kunert**

**23. September, ab 14.30 Uhr, Kundgebung**, Wernigerode, Nicolaiplatz mit **Elke Reinke**

**23. September, ab 17.00 Uhr, Kundgebung**, Naumburg, Marktplatz mit **Roland Claus**

**24. September, 16.00–18.00 Uhr, Gregor Gysi und Petra Sitte**, Halle, Marktplatz und **19.00–21.00 Uhr, Gregor Gysi und Rosemarie Hein**, Magdeburg, Biergarten „Mückenwirt“, An der Elbe 14

**27. September 2009, Bundestagswahl, Beide Stimmen für DIE LINKE!**

#### Bildnachweis

- © Maksym Yemelyanov – Fotolia.com (1)
- © Sulamith – Fotolia.com (8)
- © bilderbox – Fotolia.com (10)
- © herb – Fotolia.com (13)
- © Fotolyse – Fotolia.com (13)
- © Creativeapril – Fotolia.com (14)



## Mit einem „Überfall“ begann vor 70 Jahren der 2. Weltkrieg

Jochen Böhler ist ein junger deutscher Historiker, dessen Schwerpunkte im 2. Weltkrieg und speziell in der Täterforschung liegen. Vor drei Jahren hatte er mit „Auftakt zum Vernichtungskrieg“ eine vielfach beachtete Betrachtung der ersten Kriegsmonate in Polen vorgelegt. Pünktlich zum 70. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges erschien nun im Eichborn Verlag „Der Überfall“.

Wie bereitete sich das Nazi-Regime auf den Krieg vor? Wie erlebten die Menschen in Deutschland und Polen den August '39? Was passierte in den ersten Kriegswochen? Was wussten die Menschen wirklich vom Krieg?

Nach dem Angriff war Polen innerhalb von drei Wochen militärisch besiegt und besetzt. Böhler hat akribisch analysiert und Zeitzeugen befragt. Seine These lautet: Der Vernichtungskrieg begann nicht erst 1941 mit dem Überfall auf die Sowjetunion, sondern mit dem Angriff auf Polen. Das Buch zeigt anschaulich auf, dass dieser von den Nazis so genannte „Polenfeldzug“ ein planmäßiger Vernichtungskrieg war, der von Anfang an gegen die gesamte polnische und jüdische Bevölkerung gerichtet war, bei dem schon an den ersten Kriegstagen Zivilisten von Wehrmachtssoldaten gezielt getötet wurden. Anhand der Forschungen Böhlers ist der gleichnamige Dokumentarfilm von Knut Weinrich entstanden.

Jochen Böhler

### **Auftakt zum Vernichtungskrieg – Die Wehrmacht in Polen 1939**

Fischer Taschenbuch, 2006; 279 Seiten; 12,95 Euro

### **Der Überfall – Deutschlands Krieg gegen Polen**

Eichborn Verlag, 2009; 272 Seiten; 19,95 Euro



## Wehe dem Sieger – der Westen hat seine Fassung verloren

Daniela Dahn hat ein Streitbares, faktenreiches, spannendes und diskussionswürdiges neues Buch vorgelegt. Ihre These: Mehr noch als der Osten ist der Westen zum Verlierer der Einheit geworden. Denn – so die Autorin „Vom Verlierer nicht lernen heißt verlieren lernen.“ Auf 300 Seiten wird eine Bilanz der letzten 20 Jahre des West-Ost-Zusammenwachsens mit überraschenden Erkenntnissen gezogen: „Gibt es ein Grundrecht auf Revolution?“. Im Buch werden aber nicht nur die Verlustgeschichte von Vereinigung und Krise erzählt, sondern auch die ungenutzten Chancen freigelegt. Damit die Krise nicht auch die Demokratie in den freien Fall zieht, muss der Kapitalismus aufhören, er selbst zu sein.

Zum Schluss ein nettes Bonmot, das aus der West-Lebenswelt kommt: „Die Freiheit ist immer auch die Freiheit des Autofahrers“.

Daniela Dahn: **Wehe dem Sieger – ohne Osten kein Westen**

Rowohlt-Verlag 2009; 304 Seiten; 18,90 Euro

## Lesungen mit Daniela Dahn in Sachsen-Anhalt

10. September 2009, 19.00 Uhr

**Magdeburg:** Festung Mark, Hohefortewall 1, 39104 Magdeburg

24. November 2009, 18.00 Uhr

**Halle:** neues theater Halle, Forum Kultur und Politik